

Jahreswirtschaftsbericht

Entschlossen gegen die Rezession

Der in dieser Woche von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos vorgelegte Jahreswirtschaftsbericht zeichnet ein realistisches Bild der wirtschaftlichen Lage und – trotz der überaus hohen Prognoseunsicherheit – der voraussichtlichen Entwicklung. Deutschland befindet sich in der tiefsten Rezession der Nachkriegsgeschichte. Es besteht aber die berechtigte Hoffnung, dass im Sommer eine Wende zum Besseren eintritt.

Es wäre vermessen, Schönfärberei zu betreiben. Ebenso falsch wäre es aber auch, Depressionsängste zu schüren. Die Fakten: Die kurzfristigen Wachstumsperspektiven haben sich drastisch verschlechtert. Für 2009 wird mit einem Rückgang der Exporte um 8,9 Prozent gerechnet. Nach Wachstumsraten von durchschnittlich 4 Prozent seit 2004 werden die Investitionen in diesem Jahr voraussichtlich um fast 12 Prozent zurückgehen. Besonders betroffen von der negativen Entwicklung ist das Verarbeitende Gewerbe. Der Maschinen- und Anlagenbau dürfte sich vergleichsweise widerstandsfähig zeigen. Auch der Dienstleistungssektor wirkt in weiten Teilen konjunktur-stabilisierend.

Der Abschwung wird auch den Arbeitsmarkt nicht unberührt lassen, auch wenn der Beschäftigungsabbau voraussichtlich weniger ausgeprägt sein wird als in vorangegangenen Abschwungsphasen. So wird bis Dezember mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 500.000 zu rechnen sein - bei einer gleichzeitigen kräftigen Zunahme der Kurzarbeit. Mit einer Arbeitslosenquote von 8,4 Prozent wird unser Land Ende des Jahres aber immer noch wesentlich besser dastehen als vor dem Regierungsantritt der unionsgeführten Koalition.

Als Lichtblick dürfte sich der private Konsum erweisen, der 2009 voraussichtlich um 0,8 Prozent zunimmt. Auch der voraussichtlich nur moderate Anstieg der Verbraucher-

preise mit jahresdurchschnittlich 0,5 Prozent trägt dazu bei, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren. Allein der niedrigere Ölpreis entlastet die Bürger um 20 Mrd. Euro. Den internationalen Nachfrageeinbruch wird all dies aber nicht völlig kompensieren können. Für 2009 wird daher mit einem Schrumpfen des Bruttosozialprodukts um 2,25 Prozent gerechnet.

Gegensteuern ist deshalb das Gebot der Stunde. Die unionsgeführte Große Koalition stellt sich entschlossen den Herausforderungen. Die Menschen sehen, dass alles daran gesetzt wird, um einen noch stärkeren Einbruch zu verhindern.

Mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ leistet die Große Koalition einen substanziellen Beitrag zur Eindämmung des Konjunkturreinbruchs in Folge der Finanzmarktkrise. Die Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen werden zusammen mit den Steuer- und Abgabensenkungen im Laufe des Jahres die Binnennachfrage wirksam erhöhen. Da auch alle anderen Industrieländer Konjunkturpakete auflegen, wird dies auf mittlere Sicht positive Wirkungen entfalten, was für Deutschlands Wirtschaft angesichts ihrer überdurchschnittlich hohen Exportabhängigkeit von großer Wichtigkeit ist.

Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass die Konjunktur im Laufe der zweiten Jahreshälfte wieder Fuß fasst.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

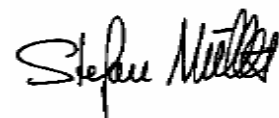
mit der beeindruckenden Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Barack Obama verbinden sich große Hoffnungen und Erwartungen. Vor allem natürlich bei den Menschen in den Vereinigten Staaten, darüber hinaus aber auch in weiten Teilen der Welt und hier bei uns in Europa. Dem neuen US-Präsidenten ist eine glückliche Hand und viel Erfolg zu wünschen bei der Bewältigung der gewaltigen Zukunftsaufgaben.



Jedem muss klar sein, dass sich die Folgen der von den USA ausgegangenen Finanzkrise nicht durch Abschottung und Protektionismus bewältigen lassen. Deshalb wird es von zentraler Bedeutung sein, in welchem Maß die neue US-Administration bereit sein wird, sich auf gemeinsame internationale Spielregeln für die Finanzmärkte einzulassen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist nur durch verstärkte Kooperation und durch freien Handel zu überwinden. Hierzu bedarf es einer Intensivierung der deutsch-amerikanischen und europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit.

Die Europäische Union und die USA zusammen erarbeiten fast die Hälfte der wirtschaftlichen Leistung der Welt. Unsere Wirtschaft ist auf das Engste miteinander verwoben. Faire und für alle Beteiligten verbindliche Spielregeln liegen im gegenseitigen Interesse. Präsident Obama weiß um die besondere Verantwortung, die auf ihm lastet. In seiner Antrittsrede hat er dies deutlich gemacht. Wir sollten zuversichtlich sein, dass Barack Obama die weltweiten Herausforderungen mit großer Tatkraft und in einem neuen partnerschaftlichen Geist angehen wird. Nur sollten wir uns davor hüten, den neuen US-Präsidenten mit nahezu messianischen Erwartungen zu befrachten.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Müller MdB

Kinderschutzgesetz

Kinder schützen – Kinderfreundlichkeit verankern

Erstmals wird es in Deutschland ein Bundeskinderschutzgesetz geben. Mit einer entsprechenden Beschlussfassung hat das Bundeskabinett in dieser Woche hierfür die Weichen gestellt. Damit werden die Konsequenzen aus den schrecklichen Fällen von Kindesvernachlässigungen gezogen, welche die Menschen in Deutschland erschüttert haben.

Künftig sollen alle Angehörige von Berufsgruppen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung von Kindern in deren familiären Umfeld wahrnehmen, die gesetzliche Befugnis erhalten, entsprechende Informationen den Jugendämtern mitzuteilen. Die Jugendämter wiederum werden stärker als bisher verpflichtet, bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Gefährdung das betroffene Kind und in der Regel auch dessen persönliches Umfeld in Augenschein zu nehmen, um sich einen unmittelbaren Eindruck von Kind und Eltern zu verschaffen. Dies war bisher leider nicht immer der Fall – mit manchmal fatalen Folgen.

Vorrang hat dabei zunächst das Gespräch mit den Eltern und die Aufforderung, Hilfe in Anspruch zu nehmen.



Dabei müssen Eltern nicht befürchten, dass Jugendämter grundlos in die Familien hineinregieren. Es muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass die Elternrechte nicht ausgehöhlt werden.

In der Praxis der Jugendämter und Familiengerichte hat sich gezeigt, dass beim Umzug von Eltern wichtige Informationen verloren gehen. Deshalb wird mit dem Gesetzentwurf verbindlich geregelt, dass bei einem Wohnortwechsel dem neuen Jugendamt alle für eine Gefährdungseinschätzung notwendigen Informationen über eine

Familie übermittelt werden.

Die neuen Bestimmungen schaffen Rechtssicherheit in einem sensiblen Bereich und werden dazu beitragen, dass frühzeitigen Hinweisen auf eine Gefährdung von Kindern und Jugendlichen nachgegangen werden kann.

Die CSU-Landesgruppe will darüber hinaus sicherstellen, dass Kinderlärm nicht länger als Grund für Streitigkeiten die Gerichte beschäftigt. Der Bau und die Existenz von Kinderkrippen, Kindergärten, Spielplätzen etc. darf nicht an vermutetem Kinderlärm scheitern. Hierzu tritt die CSU-Landesgruppe für eine gesetzliche Überprüfung der Baunutzungsverordnung ein. Dort wäre klar zu stellen, dass Kindertageseinrichtungen zu den auch in reinen und allgemeinen Wohngebieten zulässigen sozialen Einrichtungen gehören. Eine ähnliche Klarstellung gibt es dort bereits für Altenheime. Mit einer eigenen Immissionsschutzverordnung könnten zudem faire Verfahren zur Geräuschemessung vorgeschrieben und den Bestand von Kindertageseinrichtungen sichernde Grenzwerte festgelegt werden.

Diese Woche

Jahreswirtschaftsbericht

Entschlossen gegen die Rezession S. 1

Kinderschutzgesetz

Kinder schützen – Kinderfreundlichkeit verankern S. 2

Guantanamo-Häftlinge

Deutschland darf kein Abschiebeplatz für Terrorverdächtige sein S. 2

„Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes

Fragen und Antworten S. 3/4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Guantanamo-Häftlinge

Deutschland darf kein Abschiebeplatz für Terrorverdächtige sein

Das Vorpreschen von Außenminister Steinmeier für eine Aufnahme von Häftlingen aus dem US-Gefangenenlager Guantanamo in Deutschland stößt in der CSU-Landesgruppe auf völliges Unverständnis. Für den Verbleib der Guantanamo-Häftlinge sind allein die USA verantwortlich.

Zum einen liegt noch nicht einmal eine Anfrage der US-Regierung vor. Zum zweiten ist Außenminister Steinmeier für die Frage der Aufnahme in keiner Weise zuständig. Bundesinnenminister Schäuble hat völlig recht, wenn er darauf verweist, dass diese Entscheidung allein bei den Innenministern von Bund und Ländern liegt. Selbst wenn die USA um eine Aufnahme von Häftlingen durch Deutschland bitten würden, muss schon sehr

ernsthaft die Frage gestellt werden, welche Häftlinge Deutschland warum aufnehmen soll. Es kann unseren Bürgern nicht zugemutet werden, Personen aufzunehmen, die gefährlich sind. Deutschland darf nicht der Abschiebeplatz für Terrorverdächtige aus aller Welt sein. Wenn ein Guantanamo-Häftling erwiesenermaßen ungefährlich ist, wäre es an den USA, ihn durch Aufnahme für seine jahrelange Haft zu entschädigen.

„Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“

zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes

Fragen und Antworten

Warum ist so kurz nach dem „Maßnahmenpaket Beschäftigungssicherung und Wachstumsstärkung“ ein „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ nötig?

Die dramatische Zuspitzung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise macht ein kräftigeres Eingreifen der öffentlichen Hände erforderlich, als dies noch vor wenigen Wochen abzusehen war. Wachsende Kurzarbeit, schrumpfende Auftragsbücher – die Folgen der Finanzkrise für die produzierenden Sektoren sind allen bewusst geworden. Weltweit sind alle Regionen betroffen – gleich ob Industrie- oder Schwellenländer.

Für die führende Exportnation Deutschland ist das eine große Herausforderung. Die Rezession bedroht viele Arbeitsplätze. Der „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ setzt einen kräftigen Impuls gegen den Abschwung und mildert damit die Folgen der Krise. Nichts zu tun, wäre nicht zu verantworten.

Jetzt ist die richtige Zeit zu handeln. Denn zu Beginn des Jahres werden die Weichen gestellt, wie tief Deutschlands Betriebe und Arbeitnehmer in den Strudel der weltweiten Krise gezogen werden.

Die Bundesregierung setzt mit dem „Pakt für Beschäftigungssicherung und Stabilität“ ein Zeichen für mehr Vertrauen. Darauf kommt es an. Denn die Politik kann die Krise nicht alleine meistern. Alle leisten ihren Beitrag: Betriebe und Banken, Unternehmer und Arbeitnehmer, Verbraucher und Anleger. Alle rufen wir auf, gemeinsam anzupacken und um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen.

Kann Deutschland sich den „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ leisten?

Die Bundesregierung geht mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ hart an die Grenze des haushaltspolitisch Vertretbaren. Der Bund wird 2009 und 2010 je rund 25 Mrd € einsetzen.

Die zusätzliche Verschuldung respektiert den europäischen Stabilitätspakt, soweit jetzt absehbar werden die Kriterien eingehalten. Nichts zu tun, wäre für die öffentlichen Haushalte noch teurer. Denn jeder Prozentpunkt weniger Rezession, jeder erhaltene Arbeitsplatz sichert auch Steuereinnahmen und Sozialbeiträge.

Deutschland tritt der Krise besser gerüstet entgegen, als das noch vor wenigen Jahren der Fall gewesen wäre. Wir können das Nötige mit Zuversicht tun:

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist gewachsen. Gerade der Mittelstand ist vielfältig und stark. Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Ar-

beitnehmer werden weltweit hoch geschätzt. Der hohe Beschäftigungsstand, den wir erreicht haben, hat für Reserven in den sozialen Sicherungssystemen gesorgt. Die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre eröffnen haushaltspolitische Spielräume.

Die Bundesregierung nutzt diese Spielräume und Chancen. Deutschland beherzigt, was aus der Depression vor 80 Jahren zu lernen ist:

Wir handeln in enger europäischer und internationaler Abstimmung. Wir sorgen für Nachfrage durch Investitionen – und schaffen so Werte, die bleiben. Deutschland wird nach der Krise stärker sein. Die neue Schuldenbremse unterstreicht: Wir verbinden das in der Krise unabweisbar Nötige mit einem klaren Tilgungsplan.

Wo werden Investitionsschwerpunkte gesetzt?

Wer Zuversicht schaffen will, muss in Deutschlands Stärken investieren. Mit rund 18 Mrd € sollen die Sanierung von Schulen und Hochschulen, Projekte der Verkehrsinfrastruktur und die Versorgung mit Breitbandanschlüssen vorangetrieben werden. In Bayern werden Investitionen von rund 1,9 Mrd € möglich.

Stärken Deutschlands sind der Mittelstand und die Kommunen. Deshalb unterstützen wir die kommunale Investitionskraft. Dafür werden im Zeitraum 2009 und 2010 den Kommunen vom Bund 10 Mrd € zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Stärken Deutschlands sind Wissen und Können. Deshalb investieren wir in Forschung und Bildung. Ein Schwerpunkt der zusätzlichen Investitionsmittel für die Kommunen sind die Bildungseinrichtungen, auf die 65% der Mittel entfallen. Daneben setzt der Bund zusätzliche Schwerpunkte bei der Forschungsförderung im Mittelstand und für eine umweltfreundliche Mobilität.

Eine Stärke Deutschlands sind seine leistungsfähigen Infrastrukturen. Deshalb erhöhen wir die Bundesmittel für Verkehrswegebau und den Ausbau der Breitband-Versorgung.

Helfen Steuersenkungen, die Krise zu meistern?

Wer Vertrauen schaffen will, muss Vertrauen zeigen. Deshalb muss der Staat seinen Steueranspruch ein Stück zurücknehmen.

Wir gehen erste Schritte auf dem Weg zu einer vernünftigen Steuerreform, wie die CSU sie vorgeschlagen hat. Zwangsanleihen und höhere Steuern dagegen hätten die Krise verschärft.

Die zusätzlichen Steuerentlastungen sind durchaus wirksam. Ein verheiratetes Paar mit zwei Kindern hat bei einem Jahreseinkommen von 30.000 € dieses Jahr 187 € und im nächsten Jahr 314 € mehr zur Verfügung, bei einem Jahreseinkommen von 70.000 € sind es 303 € und 526 €. Ein Lediger hat bei einem Jahreseinkommen von 30.000 € in diesem Jahr 153 € und im nächsten Jahr 269 € mehr zur Verfügung, bei einem Jahreseinkommen von 70.000 € sind es 224 € und 404 €.

Den Steuersenkungen treten geringere Abgaben zur Seite: Der auf 2,8% gesenkte Beitrag zur Bundesagentur wird gesetzlich festgeschrieben. Die positive Beschäftigungswirkung geringerer Beiträge bleibt verlässlich erhalten.

Die Steuerfinanzierung von gesamtgesellschaftlichen Leistungen in der GKV wird vorgezogen. Im Gegenzug sinkt der Beitrag – für Arbeitnehmer und Rentner ebenso wie für die Arbeitgeber – auf das durchschnittliche Niveau vor dem Start des Gesundheitsfonds.

Insgesamt haben die Bürgerinnen und Bürger rund 18 Mrd € in den Jahren 2009 und 2010 mehr zur Verfügung. Die Entlastung wirkt bei einem Einkommen von 30.000 € anteilig fast doppelt so hoch (2,3%) wie bei einem Jahreseinkommen von 90.000 € (1,2%). Über die Entlastungswirkungen im Jahr 2009 informiert die obige Tabelle.

Was wird getan, um Arbeitsplätze zu sichern?

Der „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ baut für gesunde Betriebe und qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland Brücken durch die Krise. Die Kreditversorgung der Wirtschaft ist noch nicht wieder voll funktionsfähig. Deshalb wird der Rahmen für Bundesbürgschaften erweitert, die bundesgedeckte Exportfinanzierung ausgebaut und die Innovationsförderung im Mittelstand verstärkt.

Das Ziel ist, Entlassungen möglichst zu vermeiden und den Betrieben die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten, deren Fehlen den nächsten Aufschwung bremsen würde. Deshalb wird den Betrieben die Finanzierung von Kurzarbeit erleichtert.

Die besondere Förderung für die Kombination aus Kurzarbeit und Qualifizierung gibt den Betrieben die Chance, mit Mitteln der Bundesagentur die Qualifikation ihrer Belegschaften zu steigern.

Ein Autokauf ist eine erhebliche Investition. Dabei achten die Bürgerinnen und Bürger genau auf künftige Belastungen. Vor allem die Neuregelung der Kfz-Steuer wird den Markt beleben.

Wird der Staat jetzt Unternehmer?

Ganz sicher nicht, solange CDU und CSU die Regierung führen. Der „Bürgschaftsschirm“ von 100 Mrd € soll und wird kerngesunde Unternehmen und ihre Arbeitsplätze erhalten, die von der Finanzmarktkrise vor existenzbedrohende Finanzierungsprobleme gestellt werden.

Kreditbürgschaften und Kreditgarantien sichern ihnen den Zugang zu notwendigem Investitionskapital.

Dazu dienen zum einen Bürgschaften, zum anderen werden die mittelstandsorientierten Programme der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ erweitert und größeren Unternehmen zugänglich gemacht.

Nach aller Erfahrung muss der Staat letztlich nur für einen sehr kleinen Teil solcher Bürgschaften tatsächlich Zahlungen leisten.

Wer um welche Summe entlastet wird						
Jahresbruttolohn/€	Entlastung im Jahr 2009			Entlastung im Jahr 2010		
	Abflachung des Steuertarifs	Gesetzl. Krankenversicherung	Insgesamt	Abflachung des Steuertarifs	Gesetzl. Krankenversicherung	Insgesamt
Steuerklasse III/2 Kinder						
25.000	-92,00	-37,50	-129,50	-152,00	-75,00	-227,00
35.000	-162,00	-52,50	-214,50	-262,00	-105,00	-367,00
50.000	-199,00	-66,15	-265,39	-327,00	-132,30	-459,26
65.000	-227,00	-66,15	-292,82	-377,00	-132,30	-509,79
90.000	-275,00	-66,15	-341,35	-464,00	-132,30	-596,41
Steuerklasse I/IV ohne Kinder						
25.000	-99,00	-37,50	-136,67	-162,00	-75,00	-237,47
35.000	-117,00	-52,50	-169,61	-196,00	-105,00	-301,23
50.000	-146,00	-66,15	-211,74	247,00	-132,30	379,17
65.000	-158,00	-66,15	-224,40	272,00	-132,30	-404,49
90.000	-158,00	-66,15	-224,40	272,00	-132,30	-404,49

Quelle: DW
Angaben in Euro, ohne den einmaligen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind

Es ist falsch, stützende Staatsbeteiligungen in dieser großen Krise als Verstaatlichung darzustellen. Es geht um Hilfe für kurze Zeit. Verstaatlichung wäre die dauerhafte Ersetzung unternehmerischer Verantwortung durch Planwirtschaft. Das ist und bleibt ein fataler Irrweg. Politiker sind nicht die besseren Manager, der Staat nicht der bessere Unternehmer.

Gibt Deutschland jetzt die soziale Marktwirtschaft auf?

Die von der Immobilienblase in den USA ausgelöste Krise der Finanzmärkte, deren Auswirkungen wir nun spüren und bekämpfen, war keine Krise einer freiheitlichen Ordnung – sie entstand aus der Missachtung von Regeln, ohne die weder eine demokratische Gesellschaft noch eine soziale Marktwirtschaft bestehen können.

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich mehrfach bewährt: Nach 1948 beim Wiederaufbau, nach 1989 bei der Gestaltung der Einheit. Sie weist auch jetzt den Weg aus der Krise.

Wir alle haben uns in den vergangenen Jahren über einen Zeitgeist geärgert, der die Ehrlichen als die Dummen herabgesetzt hat. Das ist vorbei.

Die Tugenden des ehrlichen Kaufmanns gelten wieder etwas: Aufrichtigkeit und Anstand, Rücksicht und Vertrauenswürdigkeit, die Orientierung an echten Werten statt am schnellen Geld.

Mit diesen Werten hat Deutschland ein Wirtschaftswunder geschaffen – mit diesen Werten wird Deutschland auch die jetzige Krise meistern.